

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 35 (1979)
Heft: 5-7

Artikel: Feminismus oder Parteitreue?
Autor: Moneda, Alice
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-845073>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

— Die *fünfte Woche* ist hauptsächlich der Berufsberatung gewidmet. Die Teilnehmerinnen entwickeln aufgrund der erarbeiteten Informationen, der persönlichen Entwicklung während der Vorbereitungszeit und mit Hilfe von Berufsberaterinnen ein *Konzept für ihre berufliche Zukunft*.

Wie in Paris ist eine Nachbetreuung der Kursabsolventinnen vorgesehen. In Zusammenarbeit mit der Berufsberatung werden sie regelmässig über die Aktivitäten des Vereins «Neuanfang im Beruf» und über neue Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten informiert.

Die Kurse richten sich grundsätzlich an jede Frau, die nach einem längeren Unterbruch wieder zurück in den Beruf möchte,

- unabhängig davon, welchen Beruf sie vorher ausgeübt hatte oder ob sie vielleicht gar nie berufstätig war,
- unabhängig vom Bildungsniveau (also auch an jene, die gar keine Erstausbildung hatten),
- unabhängig davon, ob sie vorerst nur eine schrittweise Neuausbildung oder direkt einen Berufsantritt (teilzeitig oder vollzeitig) sucht.

Feminismus oder Parteidienst?

In ihrer Kolumne «Tatsachen» (im Schweizerischen Kaufmännischen Zentralblatt) hat sich unser Vorstandsmitglied Alice Moneda mit dieser — ewigweiblichen? — Grundsatzfrage befasst.

1979 ist Wahljahr. Im Herbst ist der Nationalrat neu zu bestellen. Die üblichen Diskussionen um die Kandidaturen sind im Gange. Unüblich ist dagegen die Bewegung in

Frauenorganisationen und politischen Frauengruppen, die immer deutlicher wird. Es geht dabei um die Frage der Unterstützung der Kandidatinnen, die sich nach einhelliger Meinung bei den nächsten Wahlen nicht auf Propagandamassnahmen beschränken darf, sondern Grundsatzentscheidungen nötig macht.

Eine Tatsache steht fest: Die Frauen sind in den Parlamenten untervertreten; es besteht ausserdem die Gefahr, dass ihre Zahl noch abnehmen wird. Der Kampf um die Sitze ist gross, und keinem Kandidaten wird etwas geschenkt. Die Frauen haben aber zusätzliche Handicaps. Sie müssen nicht nur sehr qualifiziert sein, um sich durchsetzen zu können, sondern ausserdem viele Zusatzstimmen aufbringen, um die Verluste auszugleichen, die dadurch entstehen, dass viele Stimmbürger die Frauen noch immer prinzipiell streichen.

Was liegt nun näher, als zu versuchen, die Frauen zu solidarisieren und zu mobilisieren, ihnen das Kumulieren und Panaschieren beizubringen, sie aufzufordern, den weiblichen Kandidaten möglichst viele Stimmen zukommen zu lassen? Man spricht über gemeinsame Aktionen verschiedener Organisationen zusammen mit politischen Frauengruppen der verschiedenen Farben. Es wird daran gedacht, über die Parteien hinweg einen Block zu bilden, um wenigstens den bisherigen Stand zu wahren. Viele Frauen sind überzeugt, dass eine grössere Zahl Parlamentarierinnen, selbst wenn sie verschiedenen Lagern entstammen und in Sachfragen nicht gleicher Meinung sind, für die Frauen insgesamt mehr erreichen können, als dies einzelnen über ihre Fraktionen möglich ist. Und sie sind im vollen Bewusstsein des Risikos bereit, sich den Unmut der Parteien

zuzuziehen, denn sie glauben, dass absolute Parteidisziplin doch nicht honoriert würde. Denn es sind ja vielfach die eigenen Parteikollegen, die die Frauen streichen.

Die Überlegungen des anderen Lagers sind nicht minder konsequent und fundiert. Hier wird die Meinung vertreten, die Zugehörigkeit zu einer Partei bedeute gleichzeitig eine Gesinnungsverwandschaft, über die man sich nicht einfach hinwegsetzen könne. Dies bedeutet, dass in der politischen Arbeit auf jeder Ebene die Parteilinie gewahrt werden muss. Auch die Parlamentarierinnen, die die Parteidisziplin vertreten, glauben für die Frauen etwas erreichen zu können. Sie sind überzeugt, dass sie in den Diskussionen aus dem Erfahrungsbereich der Frauen zusätzliche Aspekte einbringen können, die von den Parteikollegen anerkannt werden. Auch sie möchten die Zahl der Frauen in den Parlamenten wachsen sehen und wollen mithelfen, dieses Ziel zu erreichen. Sie sind aber nicht bereit, dies über die ideologischen Grenzen hinweg zu tun.

Feminismus oder Partietreue? Dies ist also die Frage, die die politisch aktiven Frauen beherrscht. Was aber ist mit den unzähligen Frauen, für die keine Parteien, sondern nur die zu wählenden Persönlichkeiten zählen?

Die Antwort darauf wird jede Gruppe für sich selbst finden müssen. Zu wünschen wäre allerdings, dass die Entscheide nicht leichtfertig fallen und dass eine eindeutige Haltung eingenommen wird. Denn nichts könnte mehr Schaden anrichten als ein Lavieren zwischen zwei Standpunkten, die beide etwas für sich haben, für die es aber keine Gemeinsamkeit gibt.

Alice Moneda

Zur Delegiertenversammlung in Zug

Am 19./20. Mai fand in Zug die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenrechte statt. Nachfolgend der Bericht, den Elisabeth Gross im Berner «Bund» veröffentlichte.

«Die noch bestehenden Benachteiligungen der Frauen können nur durch die Veränderung des heutigen Gesellschaftssystems aufgehoben werden. Zu dieser Ansicht gelangten zwei Teilnehmerinnen einer Gesprächsrunde an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenrechte in Zug. Eine Besserstellung der Frau in unserem Land sei wohl mit einem Mehraufwand verbunden, beispielsweise für die Forderungen gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und Mutterschaftsversicherung. Er sei jedoch gerechtfertigt, denn die Frauen zahlten ebenfalls an die Militärausgaben.

Die Diskussion zum Thema „Die Frau im Spannungsfeld von Feminismus und Parteien“ zwischen Doris Cohen-Dumani, Lausanne, Verena Grendelmeier, Zürich, Dr. iur. Lili Nabholz, Zürich, Dr. Margrit Spillmann, Zug, und Nationalrätin Lilian Uchtenhagen, Zürich — Leitung Olivia Egli-Delafontaine, Zürich — zeigten eindeutig auf, dass die Meinungen über die Verwirklichung der Frauenanliegen verschiedenartig sind.

Drei Gesprächsteilnehmerinnen plädierten für eine Politik der kleinen Schritte. Sie befürchten, dass zu radikale Forderungen, so u. a. der Elternurlaub in der Mutterschafts-Initiative, sich ungünstig für die Sache der Frauen auswirken könne und sogar Rückschritte mit sich bringe. Sie stiessen mit ihrer Stellungnahme bei den